

**ANTRAG**

**auf Erteilung einer**

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Erlaubnis nach § 2 Abs. 1 Gaststättengesetz
- Stellvertretungserlaubnis nach § 9 Gaststättengesetz
- befristet
- unbefristet

**zum Betrieb**

- einer Schankwirtschaft
- einer Speisewirtschaft
- eines Beherbergungsbetriebes

Gleichzeitig wird eine vorläufige Erlaubnis nach § 11 Gaststättengesetz beantragt.

**Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten im gaststättenrechtlichen Konzessionsverfahren nach § 10 Abs. 2 Landesdatenschutzgesetz**

Rechtsgrundlage und Zweck der Datenerhebung

Wer ein Gaststättengewerbe im Sinne des Gaststättengesetzes (GastG) betreiben will, bedarf einer Erlaubnis nach § 2 Abs. 1, § 9, § 11 oder § 12 Abs. 1 GastG. Die mit dem Antragsvordruck erhobenen Daten dienen ausschließlich der Feststellung der persönlichen Zuverlässigkeit der Antragstellerin oder des Antragstellers, der Antragsberechtigung, der Beurteilung der Eignung der für den Betrieb vorgesehenen Räume sowie der Überwachung der Gewerbeausübung. Die personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des § 11 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 31 des Gaststättengesetzes erhoben und verarbeitet.

Weiterverarbeitung der Daten im gaststättenrechtlichen Verfahren:

Antragstellerinnen oder Antragsteller haben grundsätzlich selbst für das Antragsverfahren erforderlichen Angaben zu machen und die notwendigen Unterlagen beizubringen. Folgende Behörden werden von der Erlaubnisbehörde beteiligt:

a) die örtlich zuständige Ordnungsbehörde des jetzigen Wohnortes und ggf. des früheren Wohn- und/oder Betriebssitzes,

b) die für den Betriebsort zuständige **untere Bauaufsichtsbehörde**, ggf. die für den **Arbeitsschutz zuständige Behörde** (bei vorgesehener Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern) sowie die **Lebensmittelaufsichtsbehörde** (im Falle einer Schank- und Speisewirtschaft).

Ist die Beteiligung weiterer Stellen für das Antragsverfahren erforderlich, so wird die Antragstellerin oder der Antragsteller darüber unterrichtet.

Nach Abschluss des Verfahrens werden folgende Behörden über die Erteilung der Erlaubnis unterrichtet: Örtliche Ordnungsbehörde durch Zweitschrift des Erlaubnisbescheides mit Anlagen. Untere Bauaufsichtsbehörde, die für den Arbeitsschutz zuständige Behörde, Lebensmittelüberwachungsbehörde und - bei ausländischen Antragstellerinnen und Antragstellern - die Ausländerbehörde durch formlose Mitteilung ohne Anlagen soweit diese Behörde im Antragsverfahren beteiligt worden sind. Dem zuständigen Finanzamt wird lediglich von befristeten Erlaubnissen eine entsprechende Zweitschrift ohne Anlagen übersandt. Auf die Einhaltung der steuerlichen Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten in diesen Fällen wird hiermit hingewiesen (Mitteilungsverordnung vom 7. September 1993 - BGBl. I S. 1554).

**1. Personalien der Antragstellerin oder des Antragstellers bzw. der Vertreterin oder des Vertreters der juristischen Person oder des nichtrechtsfähigen Vereins und bei einer Stellvertretungserlaubnis, Personalien der Stellvertreterin oder des Stellvertreters**

(Bei mehreren Antragstellerinnen oder Antragstellern bzw. Vertretungsberechtigten sowie bei der Stellvertretungserlaubnis ist Nummer 1 dieses Antrages für jede Person auszufüllen)

Familienname und Geburtsname, falls dieser vom Familiennamen abweicht

Vorname(n).....

Geburtsort u.-ort.....

Staatsangehörigkeit.....

Wohnsitz.....

früherer Wohnsitz.....

(nicht länger als 3 Jahre zurückliegend)

**Bei Antragstellung für juristische Personen/Gesellschaften/nichtrechtsfähige Vereine:**

Firma/Vereinsname.....

Betriebssitz.....

eingetragen im Handelsregister/Genossenschaftsregister beim Amtsgericht

in.....

am / unter Nummer.....

(Auszug aus dem Register beifügen)

Ausübung des Gaststättengewerbes als Inhaberin/Inhaber eines Einzelunternehmens bzw. als Vertretungsberechtigte/Vertretungsberechtigter einer juristischen Person/Gesellschaft/eines nicht-Rechtsfähigen Vereins in den letzten 3 Jahren  Ja  Nein

Firma/Vereinsname.....

Betriebssitz.....

Antrag auf Erteilung eines Führungszeugnisses zur Vorlage bei einer Behörde ist gestellt  Ja  Nein

bei ausländischen Antragstellerinnen/Antragstellern:

Führungszeugnis/Leumundszeugnis oder Auszug aus der amtlichen Strafliste (Strafregister) des Heimatstaates ist beantragt  Ja  Nein

Antrag auf Erteilung einer Auskunft aus dem Gewerbezentralregister ist gestellt  Ja  Nein

Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes  liegt bei  
 wird nachgereicht

Ist ein Strafverfahren anhängig?  Ja  Nein

Ist ein Bußgeld wegen Verstößen in Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit anhängig?  Ja  Nein

Ist ein Gewerbeuntersagungsverfahren nach § 35 Gewerbeordnung anhängig ?  Ja  Nein

Unterrichtungsnachweis nach § 4 Abs. 1 Nr. 4 Gaststättengesetz   
 liegt bei  
 wird nachgereicht

**2. Angaben zum Betrieb**

Neueinrichtung des Betriebes

Übernahme eines laufenden Betriebes

Betriebssitz.....  
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, ggf. Etage, Nebengebäude, Standort usw.)

Beschäftigung von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern ist vorgesehen

Vorgesehene besondere Betriebsart.....

Besonderheiten für einzelne Räume oder Betriebsteile.....  
.....

Einschränkungen für das Verabreichen von Getränken und/oder zubereiteten Speisen.....  
.....  
.....

Abweichungen von den gesetzlichen Sperrzeitregelungen.....

Befristung der Erlaubnis.....

**3. Anzahl und Lage der Betriebsräume**

(bei Platzmangel die geforderten Aufgaben bitte auf einem Extrablatt als Anlage dem Antrag beifügen)

Zweckbestimmung	Anzahl	Raum Nr.	Lage/Etage	Grundfläche in m <sup>2</sup>	Deckenhöhe in m <sup>2</sup>	
<b>Schank- und Speiseräume</b>						
<b>Beherbergungsräume</b>						
Betten insgesamt:						
Küchenräume						
Kochküche						
Lebensmittellager						
Lebensmittelkühlräume						
<b>Sonstige Betriebsräume</b>						
<b>Toilettenanlagen</b>				Sitzbecken		Urinale
				Damen	Herren	Lfd. m
Gästetoiletten						
Beschäftigungstoiletten						

Lageplan (Maßstab 1 : 5000), Grundrisse und Schnitte Maßstab (1 : 100) sind beigefügt

Ich/Wir versichere/versichern die Richtigkeit der vorstehenden Angaben. Mir/Uns ist bekannt, dass bewusst falsch gemachte Angaben zur Versagung der beantragten Erlaubnis oder zum Widerruf der bereits erteilten Erlaubnis führen könnte. Die Hinweise über die Verarbeitung personenbezogener Daten habe ich/haben wir zur Kenntnis genommen.

.....  
Ort, Datum

.....  
Unterschrift Antragstellerin/Antragsteller